

Klimaschutz: Kein Neubau von „Klima-Sauriern“!

Umwelt-Infodienst kritisiert Energiepolitik in Deutschland

Kaiserslautern/Saarbrücken, 13.08.2007 – Der Umwelt-Infodienst in Kaiserslautern kritisiert die deutsche Energiepolitik mit dem geplanten Neubau von 27 neuen Kohlekraftwerken. Erst Ende vergangener Woche verkündete RWE Power offiziell, in Ensdorf/Saarland ein 1.600 Megawatt-Steinkohlekraftwerk mit zwei Blöcken errichten zu wollen. Nach Angaben des BUND Saar soll das Kraftwerk ausschließlich mit Importkohle und minderwertigen schadstoffhaltigen Brennstoffen wie Petrokoks befeuert werden.

„Hier will RWE Power unter dem Deckmantel des Klimaschutzes ein neues Dinosaurier-Kraftwerk errichten. Der von dem Stromkonzern hoch gepriesene Wirkungsgrad von 46 Prozent ist lächerlich und könnte durch kleine, kraft-wärmegekoppelte Anlagen weit übertroffen werden. Hier wird mit Schönfärberei die Öffentlichkeit über die wahren Ausmaße solcher Projekte auf die Umwelt getäuscht“, warnt Harald Armbrust, Sprecher des Umwelt-Infodienstes, in Saarbrücken.

Die aktuellen Ausbaupläne für neue Kohlekraftwerke in Deutschland dienen nicht dem Klimaschutz. Der Umwelt-Infodienst fordert daher kleine dezentrale Kraftwerke, bei denen die Wärme durch die so genannte Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik (KWK) bei der Stromerzeugung mitgenutzt wird. Nur so werden die für effektiven Klimaschutz notwendigen höchsten Effizienz-Kriterien erfüllt.

Die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl oder Gas hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem messbaren Anstieg des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre geführt. Die Folge ist ein Ansteigen der Durchschnittstemperatur weltweit. Untersuchungen für Deutschland zeigen eine Erhöhung der jährlichen Durchschnittstemperatur um 0,8 Grad Celsius im letzten Jahrhundert. Bis zum Ende des Jahrhunderts muss die Menschheit bei anhaltend hohem Klimagas-Ausstoß mit einem Hitzeschub von bis zu 6,4 Grad rechnen, begleitet von Stürmen, Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöten und der Ausbreitung von Krankheiten. Zu diesem Ergebnis kamen die Klima-Experten der Vereinten Nationen auf ihrer Tagung im Februar 2007. Doch Politik und Energiewirtschaft halten trotzdem weiter an der in hohem Maße umweltbelastenden Energieerzeugung mit Kohle fest.

Bis 2012 ist der Bau für 27 neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von fast 25.000 Megawatt geplant. Diese Kraftwerke würden in den kommenden Jahrzehnten die Atmosphäre jährlich mit zusätzlichen 147 Millionen Tonnen CO₂ belasten. Nicht nur, dass die Zahl der Kraftwerke viel zu groß ist, auch die einzelnen Kraftwerke sind überdimensioniert und sollen auch nicht effizient betrieben werden. Denn die eigentlich ökologisch sinnvolle und hocheffiziente Auskoppelung von Wärme ist meist so gering, dass daraus ein schlechter Gesamtwirkungsgrad der Anlage entsteht. Der Bau dieser Kraftwerke würde eine klimaschädliche Energieversorgung für Jahrzehnte zementieren und zukünftige Klimaschutzziele wären nicht mehr einzuhalten. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass auch über die 2012 auslaufende Vereinbarung des Kyoto-Protokolls hinaus verbindliche mittel- und langfristige Klimaschutzziele erreicht werden. Bisher ist es der Regierung aber nicht gelungen, ein überzeugendes, langfristiges Energieversorgungskonzept festzulegen.

Effiziente Erzeugung von Energie, Verzicht auf Atomkraft, die Förderung Erneuerbarer Energien und die Erschließung von Effizienzpotentialen bei der Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen müssen die zentralen Elemente einer zukunftsfähigen Energiepolitik sein, um Versorgungssicherheit und Klimaschutz miteinander zu verbinden. Durch den Ausbau der dezentralen Stromerzeugung und Neuinvestitionen in hocheffiziente erdgasbetriebene KWK-Anlagen statt in Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke sowie Verzicht auf Atomkraft ist nach Angaben der Umweltschutzorganisation Greenpeace der 2015 bestehende Kraftwerkspark in der Lage, den Energiebedarf zu decken. Mit KWK-Anlagen lässt sich die Energie des eingesetzten Brennstoffs bis zu 90 Prozent in Strom und Wärme verwandeln. Die Erzeugung kann sehr flexibel an den Verbrauch angepasst werden und ist mit Erdgas auch besonders CO₂-arm. Damit kann auf den Neubau von Braunkohlekraftwerken, wie das schon begonnene BoA-Projekt der RWE in Neurath oder die von Vattenfall in Boxberg geplante Anlage, verzichtet werden. Als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz sieht der Umwelt-Infodienst auch die für jedermann bestehende Möglichkeit, zu einem seriösen Ökostromanbieter zu wechseln. Nähere Informationen bietet das Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“ im Internet unter www.atomausstieg-selbermachen.de.

Achtung Redaktionen: Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter der Rufnummer 0170 / 67 38 634 zur Verfügung.